

Auer Tageblatt

Bezugspreis: Durch unsern Sohn
früher Same monatlich 2.00 Mark.
Bestellungen nehmen die Ausbinder
und für Auswärtige die Postanstalten
 entgegen. — Erscheint wochentags.
Sprengel - Anstalt Nr. 23.
Telegraphen: Tageblatt Auergebirge.

Anzeiger für das Erzgebirge

Angelagerter die Abrechnung
Beitrag für Anzeigen aus Aue und
Umgebung 2.00 Mark, auswärtige
Anzeigen 2.50 Mark, Kellern-Beitrag
je 7.00 Mark. Bei größeren Ab-
rechnungen entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 75

Mittwoch, den 29. März 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die gestrige Regierungserklärung des Reichskanzlers im Reichstage setzte den unmöglichen Bedingungen und Zumutungen der Reparationsnote ein Unannehmbar entgegen.

Dr. Bethlen entwickelte das Programm der neuen ungarischen Regierungspartei, das in der Zusammenfassung aller vaterländischen Kräfte gipfelt.

Professor Einstein ist gestern in Paris eingetroffen.

Erzherzog Karl ist in Puchal an einer schweren Augenentzündung erkrankt.

Demokratie und Frauenpolitik.

Von Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R.

Die Demokratie ist eine von den Schwachen geordnete Staatsform, deren eigentlicher Sinn darin besteht, den Mißbrauch der politischen Macht gegen die Schwachen zu verhindern. Die aus irgendwelchen Gründen Mächtigen brauchen die Demokratie nicht und bekämpfen sie. Denn Demokratie ist ein Mittel, durch Verteilung der politischen Rechte Gerechtigkeit zu schaffen. Unrecht leiden nur, die sich nicht wehren können. In diesen wenigen Sätzen ist schon grundsätzlich alles enthalten, was die Frauen mit der Demokratie verbindet. Sie ist die einzige Staatsform, die ihnen Aussicht gibt, im Volksgang zu ihrem Recht zu kommen.

Viele Frauen sind der Meinung, daß sie solche politischen Mittel nicht brauchen, damit ihnen Gerechtigkeit werde. Das sind meist die Frauen, die persönlich in vollem Umfange im Schutz der Familie stehen, als Ehefrauen oder Töchter. Sie räumen die Nase über die Frauenrechtlerinnen — die Frauen, die für sich und andere (meist viel mehr für andere als für sich selbst) um Gerechtigkeit gekämpft haben. Es ist höchst logisch begreiflich, daß Frauen, die irgendwie im Schutz der Liebe ihrer Angehörigen geborgen sind, den Rechtskampf nicht verstehen und ein Widerstreben dagegen fühlen. Sie erleben die Ungerechtigkeit nicht unmittelbar. Es liegt in der Natur der Sache, daß im persönlichen Verhältnis von Mann und Frau der Macht- und Rechtegedanke zurücktritt. Wo aber Mann und Frau einander als Geschlecht, gewissermaßen als soziale Klassen gegenüberstehen, da gilt in hohem Maße — und ganz besonders heute! — das Machtprinzip. Der Stärkere schlägt die Schwächere in der beruflichen Konkurrenz; Gesetze tragen dem Interesse des Stärkeren Rechnung, die von ihm beeinflusste Rechtsordnung ist in vielen Punkten ungerecht gegen die Frauen. Das Familienrecht, das Strafrecht, die geschlechtliche Regelung der Prostitution sind einseitig durch das Interesse des Mannes geprägt. Das ist heute ziemlich allgemein anerkannt, auch von Seiten, die Jahrzehnte lang den alten Rechtszustand verteidigt haben. Es ist fabelhaft, welche Fortschritte in dieser Beziehung z. B. das Zentrum gemacht hat. Seit der Nationalversammlung ist in raschem Fortschritt ein Stück Unrecht gegen die Frauen nach dem andern aus dem bestehenden Recht herausgehoben: auf der Grundlage der allgemeinen Staatsbürgerlichen Gleichberechtigung ist in zahlreichen Gesetzen bestehendes Unrecht gegen die Frauen beseitigt: bei den Berufswahlgesetzen, in dem Gesetz für die religiöse Kindererziehung, (in dem das Recht der Mutter erweitert wurde), in der Befolgungsordnung, in der Rechtsstellung der Beamtinnen usw. Diese Umgestaltung der gesamten Rechtsstellung der Frau ist nicht anderes als der Sieg des demokratischen Staatsgedankens. Niemand anders als die demokratische Idee war die siegreiche Vorkämpferin der Frauenrechte. Die Frauen selbst waren eine zu geringe Macht, die Männer, Gegner von gestern und vorgestern, beschritten den Weg zum großen Teil nur, weil sie meinten, nicht anders zu können. Diese Unterwerfung Widerstrebender durch den politischen Gerechtigkeitsgedanken geht ja bis weit in die Rechtshistorie hinein. Aber die Frauen sollen sich nicht täuschen. Schon regt sich im deutschen nationalen Lager eine fröhliche Reaktion gegen die Erwerbungschaften der Frauen in den letzten Jahren. Man braucht nur die konservative Presse zu verfolgen. Sie mündet in der Stellungnahme zu den Frauenrechten wieder in die alten Gleise.

Schüler des Ertrungenen für die Frauen werden nur klare demokratische Überzeugungen sein: Parteien, die für die Gerechtigkeit kämpfen. Viele Frauen behaupten, daß ihnen an Rechten nicht liegt. Sie sind gleichgültig gegen die Gleichberechtigung der Frauen.

Das dauert so lange, bis ihnen selbst Unrecht geschieht. Dann verstehen sie den Sinn des Kampfes. Wir wollen uns nicht sagen, daß die wirtschaftliche Not unseres Volkes einen immer rücksichtsloseren Tafelsturm bringen wird, in dem die Frauen es sehr schwer haben werden. Sie werden den Schutz der Gerechtigkeit brauchen, weil sie die Schwächeren sind. Darum sollten sie

ihren Einfluß als Bürgerinnen dafür einsetzen, daß der demokratische Gedanke seine Kraft behält und stärkt. Sie haben nur zu verlieren, wenn er durch den Klaffenden Gedanken von rechts oder von links abgestoßen wird. Der oberflächlichen Betrachtung ist das vielleicht nicht klar; aber die Frauen sollten so weit denken um das einzusehen.

Die Reparationsnote im Reichstage.

Das Unannehmbar des Reichskanzlers.

Am 2.30 Uhr eröffnete Reichstagspräsident Osbe die gestrige Sitzung des Reichstages. Der Sitzungssaal war nur wenige Säulen auf, auch die Tribünen sind, wie immer an großen Tagen, überfüllt. Während der Schriftführer die Eingänge verliest, betritt Reichskanzler Dr. Brüning den Saal und nimmt dem gewöhnlichen Platz auf der Regierungsbank ein, neben ihm Bizekanzler Bauer. Darauf folgt Außenminister Dr. Brüning, der zum ersten Male seit seiner Ernennung den Beratungen des Hauses auf der Regierungsbank beizuwohnt. Nach einigen Minuten erteilt der Präsident dem Reichskanzler das Wort. Dieser spricht von der Tribüne aus unter atemloser Stille des Hauses. Er knüpft an die Beratungen des Steuerkompromisses an die in den letzten Tagen die Verhandlungen des Reichstages ausgefüllt haben. Die vierzig Steuererlasse, die durch das Steuerkompromiß verbunden waren, seien unter Würdigung der inneren und äußeren Lage von der Regierung eingebracht worden. Die Parteien, die das Kompromiß von links und rechts stützten, haben die unter Zurückstellung ihrer politischen und teilweise auch ihrer wirtschaftlichen Interessen getan. Durch die Einbeziehung der Zwangsanleihe in das Kompromiß ist der Regierung eine Einnahme im Werte von einer halben Milliarde geschaffen worden. Die Reichsregierung und die vier Parteien, die das Kompromiß schlossen, haben dies in der Hoffnung getan, dadurch die auswärtige Politik zu stärken und die Reparationsfrage so zu lösen, daß zwischen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Reiches und den auferlegten Lasten ein vernünftiger Ausgleich gefunden werde. In diesem Zusammenhang hat man in Deutschland das Steuerkompromiß und die neuen Steuern betrachtet. Dies allein hat das treibende Element, das die widerstrebenden Parteien zusammengebracht hat.

Das Steuerkompromiß wurde dadurch zu einem integrierenden Teil der auswärtigen Politik,

und man muß da die Folgerung ziehen, daß wenn es von innen oder außen gestört würde, damit die auswärtige Politik der Regierung in Frage gestellt würde. Diese Störung, die von innen nicht mehr zu befürchten war, nachdem die Steuererlässe in zweiter Lesung vom Reichstag angenommen worden waren, ist in der Tat von außen erfolgt durch die Note, die die Reparationskommission am 21. März an die Regierung gerichtet hat, und durch das Schreiben von demselben Tage an den Reichskanzler. Diese beiden Mitteilungen sind es, die die Regierung veranlassen, heute mit einer Erklärung vor das Parlament zu treten.

Der Kanzler gab dann einen Rückblick auf die bisherigen Verhandlungen über die Zahlungsvereinfachung und hob u. a. hervor:

Unser Stundungsgesuch vom 14. Dezember war die Folge jenes Schrittes, den wir bei der Bank von England unternommen hatten, um für die Vorkaufung für Januar und Februar, die wir nicht aus eigenen Mitteln leisten konnten, Kredite zu erhalten, und der erfolglos blieb, weil die Bank von England erklärte, sie könne Deutschland keinen Kredit gewähren, solange es unter den unerfüllbaren Zahlungsbedingungen des Londoner Ultimatus stehe.

Ueber Nathanael Verhandlungen in London und Cannes kam er dann auf den Amtsantritt Woinares zu sprechen, ein Ereignis, dessen ganze Bedeutung für diese ganze tragische Epoche niemand ermessen kann. Die unmittelbare Folge war die Verweigerung unseres Stundungsgesuches an die Reparationskommission deren Note jetzt vorliegt. Die Entscheidung wäre endgültig, wenn die uns zugemuteten neuen Verpflichtungen erfüllt und die Forderungen eingeholt werden könnten. Da diese Bedingungen aber nicht zutreffen, muß sie noch einmal überprägt werden.

Es folgt die Inhaltsangabe der beiden Ententnoten. Der Kanzler zitiert eine Reihe von Bestimmungen auf, die am sich nicht zu einer aktuellen politischen Verhandlung geführt hätten, aber die Frist des 31. Mai gehe, daß die bis dahin flüchtigsten Forderungen nur vorläufige Geltung haben und an eine Reihe von schweren Bedingungen geknüpft sind. Der Reichskanzler fährt fort: Ich kann in dem Verfahren der Reparationskommission eine wesentliche Rolle nicht spielen. Wenn

wir Deutschen auf Grund nachgewiesener Leistungsfähigkeit ein Moratorium erbeten haben, so ist es unmöglich, am 31. Mai über diese

anerkannte Tatsache unserer Zahlungsunfähigkeit einfach hinwegzugehen und neue Forderungen zu stellen, die nicht erfüllt werden können. Aber ich will mich bei diesem inneren Widerspruch nicht lange aufhalten, sondern mich dem Schreiben an den Reichskanzler zuwenden, in dem die Bedingungen festgelegt werden, in denen die Tatsache der neuen Verschärfung liegt. In diesem Brief, der überaus scharf gehalten ist, stellt die Reparationskommission zwei Bedingungen, die in erster Reihe erwidert werden sollen; nach der einen soll eine neue Steuerbelastung von 80 Milliarden auferlegt werden, nach der anderen sollen bis zum 31. Mai die Steuererlässe eingebracht sein, und aus diesen sollen bis Ende dieses Jahres 40 Milliarden fließen.

Vor allen weiteren Betrachtungen muß ich im Namen der Regierung kurz, bestimmt und eindeutig sagen, daß dies eine völlig unmögliche Bedingung und eine unmögliche Zumutung ist. (Beifall im ganzen Hause.) Mein sachlich, sagte der Reichskanzler, möchte ich feststellen, daß es niemand in diesem Hause geben dürfte, der im Ernst die Erfüllung solcher Bedingungen für möglich hält. Das direkte Steuersystem in Deutschland ist ausgebaut wie in keinem anderen Lande der Welt. Auch die indirekte Steuerbelastung ist außerordentlich hoch. Ich bin gerne bereit, in eine sachliche Auseinandersetzung über die Steuerbelastung des deutschen Volkes im Vergleich mit den anderen Staaten einzutreten.

Der Reichskanzler wies dann auf die

unsichtbare Belastung des deutschen Volkes hin, die weder der Reichskasse noch der Reparation zugute komme: Das sei die Valutaversicherung und die damit verbundene Verschleuderung deutscher Waren ins Ausland, die zum völligen Ruin der deutschen Wirtschaft führen müsse. Es ist so gänzlich unmöglich, Quellen zu finden, aus denen 80 Milliarden neuer Steuern geschöpft werden könnten. Wenn von der anderen Seite darauf hingewiesen wird, daß unser Steuerhystem elastischer gestalten sollen, so sei dem entgegenzuhalten, daß das deutsche Steuersystem bereits elastisch genug gestaltet sei und jetzt noch dem Stande des Geldwertes auch normale Geldströme nicht bringen könne. Nur sei damit freilich wenig gewonnen. Die Note der Reparationskommission habe alle Ziffern unseres Haushaltes wieder in Frage gestellt. Sie habe sofort die Wirkung gehabt, daß der Geldwert vom neuem außerordentlich gesunken und dementsprechend das Defizit des Reiches gestiegen sei. Die Gewaltpolitik schlage auch in der Reparationsfrage und gerade in ihr zum Schaden der ganzen Welt, also auch zum eigenen Nachteil der Entente aus. Gewiß muß unser Steuerhystem einmal abgeändert und auch ergänzt werden. Aber es ist doch unmöglich, in dem Augenblick, wo ein kompliziertes Steuerhystem dem augenblicklichen Wirtschaftsstande Deutschlands angepaßt worden ist, alles wieder aus dem Gleichgewicht zu werfen, indem man neue Steuern von ungeheurer Höhe einführt.

Der mit den Kontrollmaßnahmen und zugemutete

Eingriff in die deutschen Hoheitsrechte ist ein Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht unseres Volkes, gegen den wir die schärfste Verwahrung einlegen. (Beifall.) Wir haben schon genug trübe Wahrnehmungen mit den Kontrollmaßnahmen gemacht. (Sehr wahr!) Wir können nicht damit einverstanden sein, daß dieses schändliche, gänzlich unproduktive Kontrollhystem noch weiter ausgedehnt wird. (Beifall.) Das ist unmöglich, für einen demokratischen Staat, die Säule und Bezugsquellen zu verlassen, die sie, eine fremde Kommission, jemals von ihm verlangt. Die Staatsgrundlage würde dadurch erschüttert und untergraben werden. Gleich nach dem